

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 10 (1942-1943)
Heft: 11

Artikel: Gibt es einen dritten Weg?
Autor: Mötteli, Carlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759919>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gibt es einen dritten Weg?

Von Carlo Mötteli

Krieg und Frieden

In den Zeitabschnitt, der sich zwischen die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts einbettet, fällt eine weltumspannende Wirtschaftsdepression, deren tiefere Ursachen die einen in einer ungenügenden, die andern in einer zu weitgehenden Staatsintervention erblickten. Und obschon in dieser vermeintlich friedlichen Zwischenphase häufig davon die Rede war, ein Zeitalter gehe zu Ende und ein neues bahne sich an, so blieb es doch bei dieser Verheissung; denn darüber sind sich selbst die beiden kriegführenden Koalitionen einig, dass der Krieg, der zweite Weltkrieg, nicht als Beginn, sondern als Ausklang einer Epoche gewertet werden muss, die in einem hemmungslosen Optimismus anbrach, um in einem trostlosen Pessimismus zu versinken. So wie es aber nicht in die Macht des einzelnen Menschen gelegt ist, das Erbe seiner Väter abzuschütteln, ebenso wenig kann sich die Menschheit ihrer Geschichte entledigen. Die Zukunft baut sich mit andern Worten auf der Vergangenheit auf; hat diese in eine Sackgasse ausgemündet, so eröffnet nur eine Umkehr neue Perspektiven.

Die Ansicht, dass die Lösung des gordischen Knotens, in den sich die Gesellschaft verstrickt hatte, durch das Schwert zu geschehen habe, erwies sich in den dem ersten Weltkrieg folgenden Jahren als ein schwerer und unverzeihlicher Trugschluss. Wenn knapp ein Vierteljahrhundert später diesseits und jenseits der Meere erneut Millionen von Menschen in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, ganze Städte in Trümmer und Asche gelegt sind, als wäre ein Orkan über sie hinweggefegt, Armut und Elend sich zur Verzweiflung steigern — drängt sich da nicht gebieterisch die Frage auf: Wie kam es, dass die Hinterlassenschaft des Weltkrieges von 1914 bis 1918 in einem Sinn und Geist verwaltet werden konnte, dass die Brandfackel des Krieges wieder Nahrung fand und niemand die Kraft aufbrachte, die noch glimmende Glut recht-

zeitig zu löschen? Der Mensch, als Träger und Gestalter der Geschichte, ging dem zweiten Weltkrieg wesentlich bewusster als dem ersten entgegen. Allein er wusste sich der geistigen Werkzeuge nicht zu bedienen, deren es bedurft hätte, um eine erneute Katastrophe zu verhindern. Naturalismus, Determinismus und praktischer Materialismus — sagt Benedetto Croce — hatten das philosophisch-historische Denken verdrängt und damit einer Entwicklung die Schleusen geöffnet, die weder durch Glaubenssätze noch durch Sittengesetze eingedämmt wurde.¹⁾ Als ob die Welt während vier Jahren nicht einer der tiefgreifendsten und schmerzhaftesten Erschütterungen ausgesetzt gewesen wäre, und es keiner abgewogenen Therapie bedurft hätte, um die durch den Krieg verursachten Wunden zu heilen, wagten die einen erneut von der Harmonie der Interessen zu sprechen, während die andern mittels des Klassenkampfes auf die Diktatur des Proletariates hinarbeiteten und in der Aufsplitterung des Volkes eine Voraussetzung erblickten, um sich selbst durchsetzen zu können.

Wenn im Verlauf des ersten Weltkrieges Stein um Stein aus dem farbenreichen, vielgestaltigen und in seinen Bestandteilen doch abgewogenen Mosaik, das die Welt als Ganzes und in ihrer Verflechtung bildet, herausgehämmert worden war, bis schliesslich nurmehr Bruchstücke übrigblieben, so hätte es in der Nachkriegszeit eines entschlossenen Friedenswillens bedurft, um die entfesselte Gewalt allmählich wieder in die Schranken zu weisen durch eine zwingende Rechtsordnung, die den Mörtel der Gesellschaft darstellt. Aber da die Abrüstung im weitesten Sinn tieferer Wurzeln entbehrte, blieb sie auf halbem Wege stecken.²⁾ Nationalstaaten und Weltreiche, durch die Fortschritte von Wissenschaft und Technik einander nähergerückt, suchten ihr Heil in der

1) Benedetto Croce, Geschichte Europas im neunzehnten Jahrhundert. Zürich 1935.

2) Sehr aufschlussreich ist der von Walther Rathenau im Dezember 1916 in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ gehaltene Vortrag über „Probleme der Friedenswirtschaft“, in dem — in Berücksichtigung der „Stimmung des Auslandes“ — bereits die Möglichkeit eines späteren Krieges in Erwägung gezogen und daher eine auf die Stärkung der nationalen Machtmittel ausgerichtete Wirtschaftspolitik gefordert wird.

Isolierung und rollten sich gleich einem Igel, der Gefahr wittert, zusammen. Zwar ist der schon auf die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgehende, durch den Krieg ausserordentlich beschleunigte Atomisierungsprozess vorübergehend zum Stillstand gekommen, setzte aber mit voller Wucht erneut ein, als es sich gezeigt hatte, dass die geistige und folgerichtig auch die materielle Demobilmachung auf Hindernisse stiess, deren Wegräumung mit der vermeintlichen Gesetzmässigkeit und Zwangsläufigkeit alles Geschehens nicht zu vereinbaren gewesen wäre, zudem aber auch die Preisgabe von sogenannten „wohlerworbenen Rechten“ bedingt hätte.

Woran ist die Zwischenkriegsphase gescheitert? Die Antwort auf diese Frage kann nur lauten: Ganz offenkundig an der Oberflächentherapie, mit der man sich in allen Bezirken des gesellschaftlichen Lebens glaubte begnügen zu dürfen. Ohne sich über die Kausalzusammenhänge zwischen Krieg und Frieden grosse Gedanken gemacht, ohne die anorganischen, durch das Diktat der Kriegsgesetze verursachten Strukturwandlungen im Sozialkörper gebührend berücksichtigt, ja selbst ohne die Nachkriegsvisionen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht zu haben, wurden die Friedensverträge abgeschlossen. Folgerichtig blieben auch Richtung und Ausmass der Demobilmachung im wesentlichen dem Gutdünken der einzelnen Staaten überlassen, soweit sie sich nicht auf die Unterlegenen bezog. Aber selbst diesen gegenüber erschöpften sich die Abrüstungsbestimmungen der Siegermächte vielfach in blossen Aeusserlichkeiten, die deshalb von den Betroffenen nur umso schwerer und als ein nach Wiedergutmachung rufendes Unrecht empfunden wurden. Auch lässt sich in diesem Zusammenhang nicht übersehen, dass die Kriegführung eine grundlegende Verschiebung im Verhältnis zwischen Individualität und Kollektivität bedingt. Zu den vordringlichsten Aufgaben der Demobilmachung hätte daher die Wiederherstellung eines Ausgleichs dieser Polarität gezählt. Weil aber der erste Weltkrieg nicht als Ausfluss eines Zerfalls des soziologischen Rahmens erkannt, sondern vielmehr als ein zeitlich vielleicht zufälliger, im übrigen aber unvermeidlicher Zwischenfall gewertet wurde, konnte das Phänomen der kriegsbedingten Integration in seinen Auswirkungen auf die Nachkriegszeit

ebenso unterschätzt werden, wie die nachfolgende Desintegration in ihren tieferen Ursachen unerkannt blieb. Das waren eben nicht irgendwie messbare Vorgänge, die sich in Zahlen kleiden und statistisch erfassen liessen!

Die Wirtschaft, erst nach den zwingenden Erfordernissen des Krieges ausgerichtet, alsdann auf die Deckung des Friedensbedarfes bedacht, stand vorzüglich deshalb im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses, weil in der Wiederherstellung einer der zivilen Nachfrage entsprechenden Gütererzeugung der Hebelarm der ganzen Demobilisationsproblematik zu liegen schien. Die wirtschaftlichen Regenerationskräfte erwiesen sich von ausserordentlicher Spannkraft. In einer aus dem Gleichgewicht geworfenen Welt entspann sich ein unerbittlicher Wettlauf nach Absatzmärkten, nachdem erst kurze Zeit zuvor der Kampf um die Rohstoffquellen zu Ende gegangen war. Die Ausgangslage dieses Wettbewerbs war kurz gesagt die folgende: Ein durch den Krieg unterhöhltes Rechtsempfinden; Machtzusammenballung einerseits, Massenverarmung andererseits; zerrüttete Währungsverhältnisse; Staatsintervention hier, „freies Spiel der Kräfte“ dort; Ausklinken ganzer Erdteile aus der Weltwirtschaft (Sowjetunion); Aufsplitterung von wirtschaftlichen „Grossräumen“ (Oesterreichisch-Ungarische Monarchie) in Einzelstaaten. Aber erst eine Untersuchung der Organisationsprinzipien der Nachkriegswirtschaft vermag deren Konjunkturablauf ganz zu erklären. Hatte man sich zum individualistischen oder zum kollektivistischen Prinzip bekannt, und war man gewillt, die Einhaltung der Spielregeln des einen oder des andern Wirtschaftssystems zu erzwingen? Scheinbar ja, und zwar für den Wettbewerb als Mittel der Leistungssteigerung und Leistungsauslese. Aber es zeigte sich sehr rasch, dass die soziologischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein „freies Spiel der Kräfte“ keineswegs gegeben waren. Vor die Wahl gestellt, die Grundbedingungen der Marktwirtschaft allmählich zu schaffen und dem privatwirtschaftlichen Organisationsprinzip wieder zum Durchbruch zu verhelfen, oder die empirischen, in der Kriegswirtschaft angewendeten Mittel zur Lenkung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte beizubehalten, entschloss man sich kurzerhand für den Weg des geringsten Widerstandes. In

das Gewand der Konjunkturpolitik gekleidet, zwischen Freiheit und Zwang hin und her schwankend, und deshalb auch jedem grundsätzlichen Entscheid über das volkswirtschaftliche Organisationsprinzip abhold, den Keim eines erneuten Krieges schon allein durch das Faktum in sich bergend, dass dem wirtschaftlichen Expansionsdrang (Export) nicht die mindeste Aufnahmebereitschaft (Import) gegenüberstand, war der Neomerkantilismus der Zwischenkriegsphase nur der Zwillingenbruder jener Befriedungspolitik, die mit Spritzkannen ein Flammenmeer zu löschen versuchte.

Mit dieser, wenn auch sehr unvollständigen Analyse der Nachkriegszeit müssen wir uns, in einer Abhandlung, die der Beantwortung nicht einer historischen, sondern die Zukunft involvierenden Frage gilt, begnügen. Nur so viel sei in diesem Zusammenhang zum Verständnis der nachfolgenden Darlegungen noch festgehalten: Wenn der zwischen historischem Liberalismus und Kollektivismus in der Zwischenkriegsphase geschlossene Burgfrieden mit beschränkter Haftung dazu geführt hat, dass letztlich der Totalitarismus obsiegte, so drängt sich der Schluss auf, dass der eine bessere Zukunft verheissende Weg ganz offensichtlich weder parallel dem einen noch dem andern verlaufen kann.

Weggefährten

„Denn der Mensch ist das Mass aller Dinge!“, schrieb der bekannte deutsche Nationalökonom und Publizist Ferdinand Fried in seinem im Jahre 1931 erschienenen Buch über „Das Ende des Kapitalismus“. Dieses an sich richtige Rezept hat deshalb schon viel Unheil angerichtet (Fried ist ein Prototyp dieser Unheilstifter), weil die Menschen nicht über ein und denselben Leisten gestülpt werden können, weder an Geist noch an Körper und Gewicht. Wenn die Klassiker ihren Lehren den *homo oeconomicus* zugrunde legten, so lässt sich immerhin nicht übersehen, dass dieser hypothetische „Standardtyp“ weder nach Hautfarbe noch nach Parteiabzeichen klassifiziert worden war. Es blieb vielmehr den Schrittmachern des Kollektivismus aller Schattierungen vorbehalten, an die Menschen einen Masstab anzulegen, der zu grob war,

um auch nur ihre Vielgestaltigkeit erkennen zu können, und selbst zu eng, um über Klasse oder Rasse hinaus auch Volk und Menschheit miteinzubeziehen. Die Vergewaltigung des Maßstabes aller Dinge hat auf Abwege geführt, weshalb eine Ueberprüfung der „Masseinheit“ auf deren Charaktereigenschaften und Wesenszüge als Voraussetzung jeder Gesellschaftsreform anzusprechen ist. Mit Wilhelm Röpke (Genf) stimmt Luigi Einaudi (Turin)³⁾ vollauf überein, wenn dieser schreibt: „Chi cerca rimedi economici a problemi economici è su falsa strada; la quale non può condurre se non al precipizio. Il problema economico è un aspetto ed una conseguenza di un più ampio problema spirituale e morale. Il male odierno è un male morale ed è quello del livellamento universale, dell' annientamento dell' autonomia spirituale dell' uomo divenuto, in alto e in basso, massa informe che la macchina stritola ed adegua ed offre in pasto als moloch collettivistico.“⁴⁾ Aber auch Walter Eucken (Freiburg i. Br.) wendet sich in seinem im Jahre 1941 im Schosse der Arbeitsgemeinschaft „Preispolitik“ der Akademie für Deutsches Recht gehaltenen Vortrag entschieden gegen jene Theorien und Doktrinen, „die vom Selbstinteresse oder von persönlicher Neigung bestimmt sind“, mit der Feststellung, dass „diejenige Wirtschaftsverfassung, welche die wirtschaftlichen Ordnungsprobleme der Zukunft zu lösen imstande ist und in der die unabdingbaren Freiheitsrechte des Menschen wirklich gewahrt sind, von der Voraussetzung der vorhandenen Tatbestände

³⁾ In der „Rivista di Storia Economica“ (Juni 1942, Nr. 2) bezeichnet Luigi Einaudi „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ als „ein grundlegendes Buch für die Erkenntnis der Probleme unserer Zeit“. Der italienische Nationalökonom bekennt sich in seiner bemerkenswerten Rezension sowohl zur Diagnose als auch zur Therapie Wilhelm Röpkes.

⁴⁾ „Wer wirtschaftliche Lösungen für wirtschaftliche Probleme sucht, ist auf einer Fährte, die zwangsläufig in den Abgrund führt. Das Wirtschaftsproblem ist nur die eine Seite und eine Folgeerscheinung eines umfassenderen geistigen und moralischen Problems. Die Krankheit der Gegenwart ist eine moralische und die Folge der Vermassung, der Zertrümmerung der geistigen Selbständigkeit des Menschen in allen Gesellschaftsschichten zu einer unförmigen Masse, die die Maschine zermalmt und gleichformt und dem Kollektivismus in die Arme treibt.“

ausgeht".⁵⁾ Damit kreuzt Eucken gleichzeitig aber auch eine „Verkehrsader“ des von Röpke in seinem Buch über „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ aufgezeigten „Dritten Weges“: Die Wirtschaftsverfassung muss mit den unabdingbaren Freiheitsrechten des Menschen in Einklang gebracht werden. Für Determinismus und Fatalismus ist hier kein Raum; denn es ist — wie Röpke wiederholt betont — „in unsere Hand gegeben“, diese Synthese herbeizuführen. Auch Einaudi lässt keine Zweifel über seine Auffassung aufkommen, wenn er in diesem Zusammenhang schreibt: „Gli uomini fanno la vita e la storia; non sono condotti per mano ad una meta prescritta dal fato, dalla macchina, dalla concorrenza, dalla struttura economica e da altrettali divinità trascendenti e dominatrici. Gli uomini possono disegnare essi medesimi il quadro entro cui la libertà contrattuale è chiamata a muoversi.“⁶⁾

Eucken, der in seinem vorhin erwähnten Referat „nur“ die Frage einer brauchbaren Nachkriegsordnung der modernen industrialisierten Wirtschaft zu beantworten trachtet, und folglich deren Korrelat, die politisch—moralischen Rahmenbedingungen, nicht untersucht, kommt zu Ergebnissen und Schlussfolgerungen, die mit den sich aus der universalen Diagnose Röpkes herauschälenden und in den „Dritten Weg“ ausmündenden völlig übereinstimmen. Als ob der Krieg nicht auch in der Wissenschaft einen tiefen und breiten Graben aufgeworfen hätte, über den der Gedankenaustausch nurmehr mit sehr unvollkommenen Horchgeräten aufrechterhalten werden kann, gehen sowohl der Genfer als auch der Freiburger Nationalökonom von der gleichen Problemstellung aus, wenn letzterer feststellt, alles hänge davon ab, „dass das Pendeln zwischen vermachteter ‚freier‘ Wirtschaft und Zentralverwal-

⁵⁾ Walter Eucken, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung. Berlin 1942. Erweiterte Niederschrift eines Referates.

⁶⁾ „Die Menschen gestalten das Leben und die Geschichte; sie werden nicht vom Schicksal, der Maschine, der Konkurrenz, der Wirtschaftsstruktur und andern gleichartigen transzendenten und herrschenden Gottheiten am Gängelband an ein vorgezeichnetes Ziel geführt. Die Menschen können selbst die Grenzen bestimmen, innerhalb welchen die kontraktmäßige Freiheit berufen ist, sich zu entfalten.“

tungswirtschaft aufhört und dass es gelingt, eine andersartige Form der Wirtschaftsordnung zu schaffen". Aber auch der bereits genannte italienische Gelehrte gliedert sich mit der Feststellung in diese „Einheitsfront“ ein: „Fatalmente l'intervento dello stato si deve estendere a più e più rami produttivi, sinché all fine tende a controllarli tutti. La economia, dal tipo di concorrenza, tende a passare al tipo collettivistico. Il rimedio non è conforme, ossia conduce al fine opposto a quello che il legislatore voleva raggiungere. Accelera il passaggio al collettivismo, dal quale per ipotesi il legislatore aborrisce.“⁷⁾)

Welches ist das Grundprinzip einer Wirtschaftsverfassung, die sich mit den unabdingbaren Freiheitsrechten des Menschen verträgt? Der Wettbewerb, lautet die Antwort Euckens — die Konkurrenz, sagt Röpke! Und weil beide von den vorhandenen Tatbeständen ausgehen, beiden gemeinsam auch die Ueberzeugung ist, dass der bereits im 19. Jahrhundert einsetzende, durch die staatlich gelenkte Wirtschaft bzw. die Wehrwirtschaft noch mächtig geförderte und beschleunigte Konzentrationsprozess mit dem Grundprinzip einer liberalen Wirtschaftsverfassung unvereinbar ist, so fordern sie anstelle der Konjunkturpolitik eine Strukturpolitik, und zwar in dem Sinne, dass die Wirtschaftsordnung in Einklang gebracht wird mit dem Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung. Wer mit andern Worten die gerechten Grenzen der Konkurrenz — wie sich die Klassiker auszudrücken pflegten — verletzt, soll für seine Flucht in die „Illegalität“ nicht wie im historischen Liberalismus ungestraft einer arbeitslosen Sonderrente auf Lebzeiten teilhaftig werden, sondern in die legalen, durch die Wirtschaftsverfassung abgesteckten Grenzen des Wettbewerbs gezwungen werden. Eine Wirtschaftsordnung — sagt Eucken —, „in der private Machtkörper herrschend in den Vordergrund treten, ist gefährlich oder — besser gesagt — unerträglich. Sie führt zu

⁷⁾ „Die Staatsintervention muss verhängnisvollerweise auf immer weitere Wirtschaftszweige ausgedehnt werden, bis letztlich alle kontrolliert sind. Das ‚freie Spiel der Kräfte‘ dagegen beschleunigt den Uebergang zum Kollektivismus. Die Abhilfe führt folglich zum entgegengesetzten Ziel, das der Gesetzgeber erreichen wollte.“

scharfen Spannungen innerhalb des Volkes. Der Name ‚freie‘ Wirtschaft verhüllt die Tatsachen. In ihr herrscht nicht Freiheit, sondern Macht auf der einen, Unfreiheit auf der andern Seite; hier wenige grosse Machtgebilde — dort die abhängige Masse.“

Die bisherige Monopolpolitik vergleicht der Freiburger Nationalökonom mit dem Verhalten eines Rauchers, bei dem sich infolge des Nikotingenusses Krankheitserscheinungen zeigen, der dagegen auch einige Arzneimittel nimmt, — aber in alter Weise weiterraucht. Dem häufigsten Einwand, der gegenüber der unverfälschten Konkurrenz sowohl von Liberalen als auch von den Kollektivistern aller Schattierungen gemacht und mit dem die Marktwirtschaft als antiquiert zu diskreditieren versucht wird, dass nämlich die moderne Technik mit Notwendigkeit zum Gross- und Grösstbetrieb und damit zur Ausschaltung des Wettbewerbs und zum Monopol führe, tritt Eucken ebenso entschieden entgegen wie Röpke. Jener weist darauf hin, dass der technische Fortschritt auf vielen, aber durchaus nicht auf allen Gebieten in der Tat die Tendenz zum Grossbetrieb stärkt und folglich auch Anstoss zur Konzentration und zur Ausschaltung des Wettbewerbs geben kann. Andererseits habe aber die technische Entwicklung die Voraussetzungen zur Entfaltung des Wettbewerbs verbessert, wobei die wachsende Substitutionskonkurrenz an erster Stelle zu nennen wäre, alsdann auch nicht zu übersehen sei, wie viele regionale und lokale Monopole infolge der Verbesserung und Verbilligung der Transporte durch Eisenbahn, Wasserstrassen, Kraftwagen und andere Verkehrsmittel zerstört worden seien. „Vergessen wir im übrigen nicht, dass die moderne industrielle Konzentration eine wirtschaftliche Tatsache ist; sie besteht in der Zusammenfassung und Vergrößerung von Unternehmungen, denen meist zahlreiche Betriebe gehören, und nicht etwa im Wachstum der Betriebsgrössen.“

Vielleicht ist Einaudi doch etwas zu optimistisch, wenn er von einer zielbewussten Antimonopolpolitik das folgende Ergebnis erwartet: „Quel che resterà di monopolistico nella struttura economica sarà così poca cosa da non turbare il quadro di un sistema di concorrenza, nel quale sopravvive ed ha successo l'impresa la quale e in quanto riesce a sod-

disfare, al costo marginale, i gusti dei consumatori”⁸⁾ Nun geben sich aber weder der Turiner noch der Genfer ebensowenig wie der Freiburger Gelehrte darüber einer Täuschung hin, dass nämlich von den vorhandenen Tatbeständen auszugehen ist, und dass in Wirtschaftszweigen, in denen sich die unverfälschte Konkurrenz nicht herstellen lässt, d. h. Marktformen ausserhalb der vollständigen Konkurrenz völlig unvermeidbar sind, nach der Ansicht Euckens, der Wirtschaftsprozess von Staats wegen so gelenkt werden muss, als ob vollständige Konkurrenz bestünde, während Röpke und Einaudi für eine Verstaatlichung der Monopole eintreten. Es bedarf sicher keiner besonders lebhaften Phantasie, um die Auswirkungen einer Marktpolitik vorauszusehen, die getragen ist von der Erkenntnis, dass „La pianta della concorrenza non nasce da sé e non cresce da sola; non è un albero secolare che la tempesta furiosa non riesca a scuotere; è un arboscello delicato il quale deve essere difeso con affetto contro le malattie dell’ egoismo e degli interessi particolari e sostenuto attentamente contro i pericoli che d’ogni parte del firmamento economico lo minacciano.”⁹⁾ Aber hier gibt es kein Ausweichen. Erst wenn der Wettbewerb, als bestes Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese, wieder als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung in Kraft gesetzt ist, wird der Staat weitgehend darauf verzichten können „den alltäglichen Wirtschaftsprozess durch staatliche Stellen unmittelbar lenken zu lassen. Der Staat ist zwar wirksam, aber er arbeitet vorwiegend mit indirekt wirkenden Mitteln, indem er eine brauchbare Ordnung schafft und erhält. Die Konsumenten aber haben massgebenden Einfluss auf die Lenkung des Wirt-

⁸⁾ „Was in der Wirtschaftsstruktur an Monopolismus bleiben wird, ist so unwesentlich, dass die Grundprinzipien eines Konkurrenzsystems nicht tangiert werden, in welchem jene Unternehmung sich behauptet und durchsetzt, die zu den niedrigsten Preisen die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen vermag.”

⁹⁾ „Die Konkurrenz entsteht und wächst nicht von selbst; sie ist nicht einem hundertjährigen Baum, den der wütende Sturm nicht zu erschüttern vermag, sondern einem zarten Strauch vergleichbar, und sie muss daher mit Hingabe gegen den Egoismus und die Sonderinteressen verteidigt und sorgfältig gestützt werden gegen die sie von allen Seiten des Wirtschaftslebens bedrohenden Gefahren.”

schaftsprozesses" (Eucken). Ein starker — und wie Röpke mit Recht betont —, über den Einzel- und Gruppeninteressen stehender Staat ist Voraussetzung der Marktwirtschaft; denn so verhängnisvoll es ist, die monopolistischen Gebilde in ihrer Macht zu überschätzen, so abwegig wäre es, die den Marktmechanismus aus den Angeln hebenden Kräfte in ihrer Zählebigkeit und Skrupellosigkeit zu unterschätzen. Es handelt sich hier nicht nur um die „Rückführung aller Dimensionen und Verhältnisse auf menschliche Masse“, sondern gleichzeitig um einen Kampf der Gesellschaft gegen die Gruppenmonarchie, um die Enthronisierung von Wirtschaftsgebilden, die dem Staat aus Unachtsamkeit und Kurzsichtigkeit über den Kopf gewachsen sind.

In den gleichen Zusammenhang muss aber auch die vortreffliche Studie von Costantino Bresciani Turrone (Mailand) „Einführung in die Wirtschaftspolitik“¹⁰⁾ gestellt werden, in der mit Geschick und überlegener Sachkenntnis der Nachweis erbracht wird, dass die staatlich gelenkte Wirtschaft kein neues Wirtschaftssystem schafft, so etwas wie eine Synthese zwischen Individualismus und Sozialismus. Es handle sich dabei vielmehr um eine Reihe von Interventionen, welche verhinderten, dass der optimale Wirtschaftsertrag erzielt werde. „Affinché la produzione sia razionale è necessario, tanto per le merci quanto per i fattori della produzione, un sistema di prezzi, che sia il risultato — non di una ‚organizzazione del mercato‘, creata da uffici statali in collaborazione più o meno stretta con i rappresentanti delle varie categorie economiche — ma dell’azione delle forze spontanee del mercato.“¹¹⁾ Gleich wie Eucken weist Bresciani Turrone darauf hin, dass die Planwirtschaft der Wehrwirtschaft, nicht aber der Friedenswirtschaft adäquat ist, denn während es sich im Frieden darum handelt, den Wirtschaftsorganismus im Gleichge-

¹⁰⁾ Costantino Bresciani Turrone, *Introduzione alle Politiche Economiche*. Turin 1942.

¹¹⁾ „Eine rationelle Erzeugung setzt sowohl für die Güter als auch für die Produktionsfaktoren ein Preisbildungsverfahren voraus, das nicht auf einem von öffentlichen Stellen in mehr oder weniger enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der verschiedenen Wirtschaftszweige geschaffenen ‚Marktorganisation‘ beruht, sondern die spontanen Kräfte des Marktes widerspiegelt.“

wicht zu halten, ist in der Phase der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge und in der Kriegswirtschaft zugunsten des Staatsbedarfes ein „squilibrio dell' organismo economico“ herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Wenn der Krieg zu Ende sei, werde sich das heute so bagatellisierte Problem des besten Mittels für die raschmögliche Erhöhung des Nationalertrages wieder stellen; damit aufs engste verbunden sei eine rationelle Erzeugung, d. h. eine Ueberprüfung der Kostenfrage, die heute vor dringlicheren Erfordernissen zurückzutreten habe. Auf der Funktion der Marktwirtschaft als Instrument des wirtschaftlichen Gleichgewichts und Faktors der Prosperität zu bestehen, sei keineswegs gleichbedeutend mit einer Unterschätzung der Bedeutung und Würde des Staates im Bereiche der Wirtschaft. Diesem liegt vielmehr die Aufgabe ob, so sagt Bresciani Turrone in Uebereinstimmung mit Röpke, die allgemeinen wirtschaftspolitischen Direktiven festzulegen, die Rechtsordnung zu schaffen und zu ändern auf Grund der sich fortlaufend erneuernden Bedürfnisse und Notwendigkeiten, die bestmöglichen Allgemeinbedingungen für die Entwicklung der individuellen Tätigkeit zu schaffen, Hindernisse zu beseitigen und alle jene Unvollkommenheiten, die sich bisweilen in der Marktwirtschaft einstellen, zu „korrigieren“. „Certamente, anche nell' abolizione dei controlli presenti bisognerebbe procedere per gradi, osservando anche in tal caso la regola che nessun cambiamento deve essere troppo brusco.“¹²⁾

Der Mailänder Nationalökonom übergeht aber auch die Frage der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Kriege nicht mit Stillschweigen. Es sei nicht möglich, in der Autarkiepolitik ein zukünftiges Ordnungsprinzip der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu erblicken. Die Lösung der Gegensätze und Widersprüche könne nur ein allen Völkern gerecht werdendes internationales Friedensstatut herbeiführen, das eine lange Friedensperiode gewährleiste und die weitestgehende, wenn nicht gänzliche Preisgabe der Autarkiepolitik erlaube, und damit, dank einer intensiven Wiederauf-

¹²⁾ Auch beim Abbau der gegenwärtigen Staatskontrolle müsste man selbstverständlich stufenweise vorgehen, immer die Regel beachtend, dass keine Aenderung zu brusk sein soll.“

nahme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Voraussetzungen für eine fortgesetzte Vermehrung der Bevölkerung und zugleich für die Hebung des Lebensstandards schaffe. Bresciani Turrone lehnt das Clearingsystem für Italien mit aller Entschiedenheit ab und betont, dass dieses eines Währungssystems nicht entraten könne, das den Zugang zu den grossen internationalen Märkten gestatte. „Il sistema aureo è uno dei più mirabili congegni economici che mai siano stati inventati dall' uomo.“¹³⁾ Gleich einer Brücke, die dank der Wirkung kompensatorischer Kräfte fest bleibe solange die Belastung ein gewisses Maximum nicht überschreite, und zusammenbreche, wenn die Last die Tragfähigkeit überschreite, entwickle das System der Goldwährung Gleichgewichtskräfte, vorausgesetzt, dass der Stoss nicht zu stark und unvorsichtig sei. „Invece nel periodo successivo al ‚ritorno all' oro‘, mentre da un lato gli squilibri erano fortissimi, d'altro lato le varie misure prese dai governi diminuivano grandemente la possibilità di adeguate reazioni del sistema.“¹⁴⁾

So wie J. B. Condliffe (Chicago), in Anlehnung an Staatssekretär Hull, die Ausdehnung des internationalen Handels als den Weg zum Frieden bezeichnet¹⁵⁾, Röpke in einem breiten multilateralen Wirtschaftsverkehr und irgendeinem System der Kollektivsicherheit eine Voraussetzung für die Selbstbehauptungsmöglichkeiten des Kleinstaates erblickt¹⁶⁾, Bresciani Turrone die Goldwährung als das unerlässliche Werkzeug des internationalen Wirtschaftsausgleichs bezeichnet, lässt auch J. Viner (Chicago) keine Zweifel darüber aufkommen, dass schon

¹³⁾ „Das System der Goldwährung ist eines der bewundernswürdigsten wirtschaftlichen Triebwerke, das je von Menschen erfunden worden ist.“

¹⁴⁾ „Während in der Zeit nach der ‚Rückkehr zum Gold‘ einerseits die Erschütterungen sehr stark waren, verminderten andererseits die verschiedenen staatlichen Massnahmen weitgehend die Möglichkeit entsprechender Reaktionen des Währungssystems.“

¹⁵⁾ Vergl. den Auszug aus einem Vortrag von John B. Condliffe, Chicago, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 18. und 19. Januar 1943, Nr. 96/103, „Vorbereitung des Friedens im Kriege“.

¹⁶⁾ Vergl. die jüngsten Aufsätze über diesen Fragenkomplex von Wilhelm Röpke in der „Neuen Schweizer Rundschau“ vom Oktober 1942 und Januar 1943 sowie in der „Friedens-Warte“ vom Januar 1943.

allein eine zweckmässige Regelung der Fragen des Handelsverkehrs, der Währungs- und Finanzpolitik genügen würde zur Schaffung einer Weltwirtschaft von überraschender Widerstandskraft und Gesundheit¹⁷⁾). Allen gemeinsam ist die Ueberzeugung, dass ein dauerhafter Friede einen breiten multilateralen Wirtschaftsverkehr bedingt und dass es eine der vordringlichsten Aufgaben der Staatsmänner ist, in den zukünftigen Friedensverhandlungen politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die diesen dem Frieden immanenten Voraussetzungen Rechnung tragen. „Auf die Dauer kann die wirtschaftliche Integration — das Flechtwerk der Arbeitsteilung, des wechselseitigen Austausches der Produkte und der Spezialisierung mitsamt ihrer risikvollen Abhängigkeit der Individuen — nicht weiter reichen als der Bereich der politisch-sozial-moralischen Integration, welche Recht, Ordnung, Sicherheit und ein Minimum an verlässlicher Moral gewährt. Umgekehrt muss die politisch-sozial-moralische Desintegration, der Zerfall des unerlässlichen ausserwirtschaftlichen Rahmens, früher oder später die wirtschaftliche Desintegration nach sich ziehen. Das ist das allgemeinste und elementarste Gesetz der Wirtschaftsgeschichte, von dem es keine Ausnahme geben kann, und es erklärt uns auch die Auflösung der modernen Weltwirtschaft“, schreibt Röpke und bettet damit sorgsam die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in die vielgestaltigen Zusammenhänge ein, gleich wie er zusammen mit Eucken die Marktwirtschaft abzudichten trachtet gegen all jene unleugbaren Kräfte, die sich einerseits gegen eine geordnete Leistungsauslese aufbäumen und daher ein mit den Lebensgesetzen in Widerspruch stehendes Wirtschaftsgleichgewicht in der Statik anstreben, andererseits in der Kollektivität ein willfähriges Instrument erblicken, um die Einzel- und Gruppeninteressen auf Kosten der Gesamtinteressen zu schützen. Und weil auch die Wirtschaft, gleich wie deren Träger und Gestalter, der Mensch, einem Auf und Ab unterworfen ist, eine „krisenlose“ Wirtschaft eine Irrealität ist, so gilt es, das einzelne Wirtschaftssubjekt gegen die Depression zu schützen, wie sich das Geschöpf Gottes gegen die Unbilden der

¹⁷⁾ Jacob Viner, Objectives of Post - War International Economic Reconstruction. New Wilmington 1942.

Witterung vorsieht. Wird blindlings der Staat mit dieser Aufgabe betraut, dann möge sich der Bürger nicht darüber beklagen, wenn er auch seiner politischen Freiheiten verlustig geht; denn der Staat vermag seinem Wesen nach wirtschaftliche Schutzaufgaben nicht mit wirtschaftlichen, sondern nur mit politischen Mitteln zu erfüllen. Niemand täuscht sich über die Härte des Wettbewerbs, und die „Weggefährten“ sind weit davon entfernt, das „struggle for life“ zu verherrlichen, am aller wenigsten Röpke selbst, der es zu mildern trachtet durch eine Stärkung des Einzelnen, und mit Einaudi die Ansicht vertritt, dass „L'economia di concorrenza vive e dura, data l'indole umana, solo se essa non è universale; solo se gli uomini possono, per ampia parte della loro attività, trovare un rifugio, una trincea contro la necessità continua della lotta emulativa, in che consiste la concorrenza. Il paradosso della concorrenza sta in ciò che essa non sopravvive alla sua esclusiva dominazione.“¹⁸⁾

(Ein weiterer Artikel: „Die Schweiz und der dritte Weg“ wird im nächsten Heft veröffentlicht werden)

¹⁸⁾ „Die Marktwirtschaft lebt und behauptet sich, in Berücksichtigung des menschlichen Charakters, nur wenn sie nicht universell ist, nur wenn die Menschen für weite Bezirke ihrer Tätigkeit einen Zufluchtsort finden, einen Schutzwall gegen die fortwährende Notwendigkeit des Konkurrenzkampfes. Das Paradoxe des Wettbewerbs besteht darin, dass er seine Alleinherrschaft nicht überlebt.“